

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Wirth'schen Buchdruckerei (Gedruckter D. Ström). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 32

Dienstag, den 9. Februar 1926.

84. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 8. Febr. Der Berliner Polizeipräsident erläßt eine scharfe amtliche Rundgebung gegen die in letzter Zeit überhand nehmenden Betrügereien und Korbzettelerei mit politischem Hintergrund. Es könne unter gar keinen Umständen geduldet werden, daß politische Meinungsverschiedenheiten auf der Straße mit Mitteln brutaler Gewalt, mit Fies- und Schußwaffen ausgetragen werden. Das Stöckchen werde nachdrücklich durchgeführt und gegen unredlichen Waffengebrauch unmissverständlich eingeschritten werden. Auch wer einen Waffengebrauch bestreitet, sei als Teilnehmer an einer Kundgebung gemäß Artikel 123 der Verfassung nicht zum Waffentragen berechtigt.

Landwirtschaftliche Woche in Stuttgart.

Die württembergische und hohenzollernsche Landwirtschaft hat sich auf einen Ruf des Landes. Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern für die Tage vom 6. bis 8. Februar in Stuttgart zu ersten beruflichen und wirtschaftspolitischen Beratungen zusammengefunden. Der Mitgliederversammlung am Sonntag ging eine Sitzung des Gesamtvorstands und des Landeskomitees am Samstag nachmittags voraus. Domänenrät Dr. Dietrich-Lübbers wurde mit großer Mehrheit wieder zum Vorsitzenden gewählt. Die Wahl des ersten Stellvertreters fiel auf Landtagsabg. Straß-Konradweiler, die des zweiten auf Landtagsabg. Dingler-Galitz. In dem anschließenden Referat über die Auswirkung der neuen Steuererlasse vertrat sich Landesrat Dr. Reimer über die Einkommen- und Vermögenssteuer und wies dabei auf die Unbilligkeit der Höhe bzw. Erhöhung der Steuerlast hin. Als Niederlage seiner Ausführungen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die württ. und hohenz. Landwirtschaft empfindet das neue Einkommensteuergesetz für die Mittel- und Kleinbetriebe ungerecht, da diese unverhältnismäßig hoch zur Einkommensteuer und damit auch zu anderen Steuern herangezogen werden, wenn sie mit ihren eigenen erwerblichen Mitteln wirtschaften. Für jedes im Betrieb mitarbeitende Kind ist ein Betrag von der Einkommensteuer frei zu lassen, der dem steuerfreien Betrag der Lohnempfänger entspricht. Es ist notwendig, daß die Veranlagung zur Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Vermögenssteuer auch im einzelnen einseitig und gerecht durchgeführt wird. Hierzu ersucht es um: 1. daß die Einkommenssteuern der Finanzämter und die Festlegung der Richtsätze mit den Ausschüssen der Landw. Bezirksvereine beraten werden, da sie den besten Überblick über die Verhältnisse in der Landwirtschaft im Besitz haben. 2. daß die Finanzämter eingehende Anleitungen über die Festlegung der Richtsätze, über die Behandlung der verschiedenenartigen Aufträge und Abzüge die Berücksichtigung von Todes- und Krankheitsfällen u. a. vom Landeskomitee erhalten, zu deren Ausgestaltung die Landw. Organisationen maßgebend gebildet werden. 3. daß vor der Veranlagung Steuererklärungen abgegeben werden können. Notwendig ist die Beteiligung der von den Finanzämtern zugezogenen Landwirte. Die Veranlagung bedauert, daß zur Festlegung der Einkommenssteuern für das vierte Vierteljahr 1925 der Landeskomitee nicht zugezogen wurde.“

An der grundsätzlichen Aussprache über die Steuern nahm auch Finanzminister Dr. Döhlinger teil, dessen Anwesenheit mit Beifall aufgenommen wurde. Der Minister bekräftigte die bei den behandelten Reichsteuern mangelnde Berücksichtigung der besonderen württembergischen Verhältnisse und stellte fest, daß das württ. Finanzministerium bei der Vorbereitung dieser Gesetze in seiner Weise befragt wurde. Bei den Landessteuern werde weiterhin nach Mitteln und Wegen gesucht, der Landwirtschaft zu helfen. Herrmann-Planföden regte die Abschaffung der Steuererleichterung an, da die Landwirtschaft nach einzelnen problematischen Untersuchungen die weitestgehende Befreiung zu tragen habe.

Mitgliederversammlung des landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern.

Diese Tagung hatte als Mittelpunkt der Landw. Woche einen außerordentlich starken Besuch zu verzeichnen. Als Gäste waren anwesend: Finanzminister Dr. Döhlinger, Staatsrat Dr. Springer und Regierungsrat Dr. Wüstenhagen vom Landwirtschaftsministerium, Prof. Dr. Wader von der Landw. Hochschule Hohenheim, Oberreg.-Rat Bräsig, von der Zentralkasse f. d. Landwirtschaft, R.-R. Dr. Döhlinger, als Vertreter der Stadt Stuttgart, Präsident der Landwirtschaftskammer Adorno, Oberreg.-Rat Baier-Stuttgart. Präsident Dietrich besprach die Notlage der Landwirtschaft als so weit vorgeschritten, daß die Entlassung des Grundbesitzes alsbald durchgeführt sein wird. Neben der Selbsthilfe müsse der Bauer die Unterstützung des Staates verlangen. Das deutsche Volk müsse die Bedeutung im Verbrauch von Auslandswaren lernen. Das Landwirtschaftsministerium habe sich für den veränderten Staatsschatz Dr. Engelhorn-Berlin einbringend, das Mitglied des Reichstags, v. Papen-Pöhlmann i. B. Der Redner überbrachte unter starkem Beifall die Grüße seiner württembergischen Landsleute und gab dann ein klares Bild der Agrarnot unter dem Gesichtswinkel der Verflechtung der Landwirtschaft mit der Volkswirtschaft. Landtagsabg. Dingler-Galitz sprach über die Bauernnot im engeren Rahmen des Landes Württemberg, von der u. a. der Rückgang der Schülervzahl in den Schulen, Schuldenlast, Leihzinsen, die langwierigen Kredite auf etwa zehn Jahre können den Bauern helfen. Insbesondere nahm sich der Redner der Frage des Milchviehs an und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Bauern, die in der Milchviehzucht einen Gewinn erzielen. Der Redner wies auf die Notwendigkeit der Abnahme der Milchviehzucht hin. Die Landwirtschaft müsse die landw. Wirtschaft der Milchviehzucht verlangen. — Die derzeitige württ. Regierung habe sich in erfreulicher, für das Reich vorbildlicher Weise der Landwirtschaft angenommen. Der Vorschlag des Redners, dem Staatspräsidenten die Landwirtschaft zu übermitteln, wurde durch ein Telegramm zu übermitteln, wurde von der Versammlung mit großer Zustimmung begleitet. Generalsekretär Hummel erläuterte den Tätigkeitsbericht.

In der zum Schluß angenommenen Entschließung zur Gesamtlage der Landwirtschaft wird u. a. gesagt: Die anfängliche der Landwirtschaftlichen Woche 1926 in Stuttgart aus dem Lande zahlreich anwesenden Landwirte sehen in der neuesten Entwicklung unserer Handelspolitik, in der immer stärkeren Festlegung unserer Grenzen gegenüber dem ausländischen Einfuhrverkehr erneut schwere Gefahren für die deutsche Landwirtschaft und Gesamtwirtschaft. Die wichtigsten Voraussetzungen einer Wiedergewinnung der Wirtschaft, die Bildung eigenen Kapitals und die Abhängigkeit der eigenen Produktion, werden dadurch zunichte gemacht. Der erschreckend anwachsenden Erwerbslosigkeit kann am schnellsten durch die Konsumstärkung der Landwirtschaft begegnet werden. Dazu ist ein sofortiger energischer Griff in das Preisverhältnis zwischen landwirtschaftlichen Verbrauchsgütern und Erzeugnissen notwendig. Klassischen in der Preispolitik und in den Preisverhältnissen ist mit aller Schärfe entgegenzutreten. Sparmaßnahmen des Volkes kann nur durch das Beispiel der strengsten Wirtschaft, der Steuern und Soziallasten ist unerlässlich, wenn die Landwirtschaft betriebsfähig und konkurrenzfähig gemacht werden soll. Die Befreiung von Betriebskapital für die Landwirtschaft auf dem Kreditwege muß beschleunigt werden. Die anstehende Gehaltung des Agrarvolkes muß die selbstverständlichen Gesichtspunkte eines landwirtschaftlichen Schutzes der Landwirtschaft und einer erfolgversprechenden Umwehr einseitigen Hochschutzes des Auslands mit aller Entschiedenheit berücksichtigen. Neben der dringenden Forderung gegenüber der Regierung, zur Verringerung der Wirtschaftslage endlich den Gehalt an der richtigen Stelle anzusetzen, nämlich die Landwirtschaft als die Basis aller Volkswirtschaft wieder lebensfähig zu machen, richtet der Landw. Hauptverband im Namen der württ. Landwirtschaft an die gesamte Bevölkerung in letzter Stunde den mahenden Appell, durch Verzichtung einzelner Vorteile zu einer großzügigen Selbsthilfe gegenüber den Not der armer Wirtschaft zu schreiten.

Ausland.

Berlin, 8. Febr. Polen verurteilt die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu verhindern, wenn es nicht selbst aufgenommen wird.

Paris, 8. Febr. Das „Petit Journal“ beschäftigt sich heute mit dem Genemordprozess und schreibt: Der Skandal der Genemorde ist für die Sitten in Deutschland ein erschütternder Beweis. Die Mörder morbeln in aller Seelenruhe, das heißt auf Kommando. Ihre Taten wurden als patriotisch verurteilt.

Paris, 8. Febr. Das „Paris Journal“ glaubt zu wissen, dass Mussolini auf dem Weg der Einschüchterung eine Verhandlung mit Deutschland. — Nach einer Pariser Meldung sind die Verhandlungen zwischen Russland und der Schweiz gescheitert.

Rom, 8. Febr. Sofort nach der Kammerung am Samstag, in der Mussolini in seiner Rede ein Denkmal für Baitisti in Vogen ankündigte, wurde auf den drei Bessrettribünen für einen Beitrag zu diesem Denkmal gesammelt. Als Mussolini hiervon erfuhr, zeichnete er als Journalist einen Beitrag von 5 Lire.

London, 8. Febr. Die englische Regierung ist von der Rede Mussolinis peinlich berührt, nach unkontrollierbaren Pariser Nachrichten aber durchaus befriedigt. — Die ersten Aufschüsse Deutschlands im Völkerbund werden das Sozgebiet und die Militärkontrolle in Deutschland betreffen.

Damaskus, 8. Febr. Auf die Bedingungen des französischen Oberkommissars in Syrien, die Waffen niederzulegen, gingen die Drusen nicht ein.

Macdonalds Ansicht über das Weimarer Abkommen Chamberlains.

Paris, 7. Febr. Der ehemalige englische Premierminister Ramsay Macdonald genährte auf der Durchreise durch Frankreich einen Rebellentum des französischen Journalisten „Le Nouveau Siècle“ eine Unterredung, in der er erklärt haben soll: „Das englisch-italienische Schuldenabkommen ist ein Konfession, denn es wurde abgeschlossen, ohne daß man der äußersten Schrecken der englischen Steuerzahler Rechnung trug. Das Abkommen kommt demnach einer Annulierung der italienischen Schulden gleich. Und wer wird die Kosten für die Abantasten Churchill bezahlen? Der englische Steuerzahler! Nur ein Geheimabkommen kann ein so leichtes Abkommen wie dieses Schuldenabkommen rechtfertigen. Ich bin vollkommen überzeugt, daß ein derartiger Geheimvertrag besteht. Mussolini begab sich nicht nach Rom, einzig und allein um Chamberlain zu begrüßen. Die beiden Minister führten dort die Grundlage für ein Abkommen, das Wäster in London abgeschlossen werden sollte, gelangt haben. Ich weiß nicht, was dieser Vertrag beinhaltet, aber man darf annehmen, daß in ihm von Mussolini, vielleicht auch von Tausch die Rede ist. Man darf nicht vergessen, daß Italien Abhängen auf das Mittelmeer hat. Es ist leicht möglich, daß die englische und italienische Regierung sich in die Interessen des Mittelmeers erteilt haben. Die Italiener erklären, daß Tunis ihnen zahlen müsse. Wästerweise unterstützt England in Zukunft die italienischen Forderungen. Auf den Einwand seines Ausdrucks, daß das doch ganz schwerwiegende Probleme seien, erklärte Macdonald, daß sei nur seine Ansicht. Er könne sich täuschen und er wüßte es nicht, aber... Auf die Frage des französischen Journalisten, ob England und Italien sich etwa auf Kosten Frankreichs ver-

hängt hätten, erklärte Macdonald, das sei möglich; er möchte es allerdings nicht behaupten. Im übrigen möchte er als Führer der Arbeiterpartei ausdrücken, daß die Regierung Baldwin an dem Tage, an dem sie das Abkommen Bolpi-Churchill unterzeichnete, sich selbst den Todesstoß verleihe.

Eine schwedische Stimme zur Vermittlung Südtirols.

Stockholm, 7. Febr. In einem längeren Leitartikel beschäftigt sich „Svenska Dagbladet“ heute mit dem Problem Südtirol. Es schildert die von den Italienern gegen die Deutschen in Südtirol geführte Politik und kommt auf die einzelnen Defekte zu sprechen, die das deutsche Element im Lande Walters von der Vogelweide und Andreas Döfers immer mehr zum Verschwinden bringen wollen. Sehr scharf ist das Urteil des Blattes über diese Politik. „Diese immer mehr verschärfte Unterdrückung“, so heißt es wörtlich, „läßt ohne Zweifel alle bisherigen Ereignisse auf diesem Gebiet in den letzten beiden Jahrhunderten weit hinter sich und steht in einem hohen und eigenartigen Gegensatz zum Geist von Locarno.“ Die Aussichten eines deutschen Widerstandes gegen diese Politik wird von „Svenska Dagbladet“ sehr pessimistisch beurteilt, und zwar vor allem, weil Deutschland auf den italienischen Markt angewiesen sei. Die Ursache der italienischen Unterdrückungspolitik sieht „Svenska Dagbladet“ ähnlich wie andere Zeitungen darin, daß der einst deutschfreundliche Mussolini die Hoffnung auf Deutschlands Bundesgenossenschaft aufgegeben habe, da Deutschland sich durch die Unterzeichnung des Locarno-Vertrags Frankreich genähert habe und somit die Möglichkeit bestehe, daß ein das mit Österreich verbündete Deutschland in Südtirol Erfolg für Elia-Vorbringen finde.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Der Herr Staatspräsident hat den Postmeister Thoma in Schönmünzach (zur Zeit in Vermeringen) in seinem Einverständnis nach Schwann versetzt.

Neuenbürg, 8. Febr. Welche große Bedeutung im Wirtschaftsleben der Berufsberatung zukommt, das zeigte der Vortrag, den gestern Abend Gewerkschafter Dr. Ing. Heile im Rahmen des Volkshochschulgebäudes über „Jugend und die Berufsberatung“ hielt. Aus allen Kreisen, sowohl von hier wie auswärts hatte sich eine solche große Jubelversammlung bei der Gelegenheit eingefunden, daß der Saal vollständig gefüllt war, ein Zeichen für das steigende Interesse, welches mehr und mehr der Berufsberatung entgegengebracht wird. Oberamt und Stadtschultheiß waren durch Oberamtmann Wenz und Stadtschultheiß Knodel vertreten. In gemeinsamer Rede brachte der Redner über die Notwendigkeit der Berufsberatung, um einer fröhlichen Wirtschaftslage wieder nachzubringen. Er verband es, durch Eingehen in die einzelnen Teile dieser neuzeitlichen Bestrebungen die Jubelversammlung zu fesseln. Der Beifall, welcher ihm für seine hochinteressanten Darstellungen am Schluß zuteil wurde, zeigte das Verständnis für die Aufgabe, an der nicht nur Bekehrte und Eltern sondern überhaupt das ganze Wirtschaftsleben interessiert ist. Verwaltungssachver Rienzle, der Geschäftsführer des Bezirksarbeitsamts, ergänzte den Vortrag durch weitere Ausführungen, indem er auf die besondere Bedeutung der Berufsberatung hinwies, namentlich im Hinblick auf die darniederliegende Vorarbeiter-Gewerkschaftenindustrie. Aus der Praxis heraus haben den großen Wert der Berufsberatung hervor Gemeinderat Keller, der es nochgerade als unerlässlich bezeichnete, die Vorteile der Berufsberatung sich zunutze zu machen, und Karl Bäuerle, Engelsbrunn, welcher den Vortrag als ersten Schritt zum wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands bezeichnete und aus seinen Erfahrungen heraus u. a. darauf hinwies, welche Vorteile die Berufsberatung dem jungen Handwerker bietet. Mit Worten des Dankes an den Vortragenden und für das überaus zahlreiche Erscheinen schloß Verwaltungssachver Rienzle die Zusammenkunft. Auf den Vortrag selbst werden wir noch zurückkommen.

Neuenbürg, 8. Febr. Auf Einladung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold von Württemberg sprach am Sonntag Abend im „Bären“ Geschäftsrat Dr. Denckmann-Stuttgart über das Thema „Republik, Steuererleichterung u. Bürgerversicherungen“. Die Versammlung war schlecht besucht, außer der Gefolgschaft des Redners, bestehend aus sechs Personen, waren gerade zwölf Zuhörer anwesend. Nach einleitenden Begrüßungsworten des eigenen Vorsitzenden, welcher den schwachen Besuch der Versammlung auf die Arbeitslosigkeit und den Umstand zurückführte, daß ein großer Teil der Bevölkerung von der Politik heute nichts mehr wissen wollte, bemerkte derselbe, Jüngling der Versammlung sei einen Höher auszustrecken, um hier eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ins Leben zu rufen. In dreiviertelstündiger Rede, die er mit verschiedenen Zeitungszitaten belegte, sprach der Hauptredner über das angekündigte Thema. Die Ziele des Reichsbanners seien Aufklärung des Volkes und Schutze der Republik und der Weimarer Verfassung, die bedroht wären durch die Monarchisten. Die Fürsten, erklärte er, hätten einen großen Abstieg, von ihnen schienen die Döckensoren den Vogel ab. Bei den Abfindungen der Fürsten handelte es sich um Gesamtbeträge von 2000 Millionen. Dabei wies das Land in Deutschland, die Zahl der Erwerbslosen vernehme sich von Tag zu Tag, den Fürsten aber, die ein gerüttelt Maß von Schuld hätten, sollen Millionen von Goldmark nachgeworfen werden. Das Fürstentum müsse endlich aufhören, das Reichsbanner fordere die Enteignung der Fürsten als der größten Feinde der Republik; des Volkes Wohl sei oberstes Gesetz. In der Frage der Außenpolitik hätte der Redner scharfe Kritik an der Haltung der Deutschnationalen bezüglich des Dawes-Abkommens und des Locarno-Vertrags, wie dies auch die schwäbische Zeitungsbildung des württembergischen Staatspräsidenten zeige. An die Spitze der Republik hätten die Deutschnationalen einen



Kreisarchiv Calw

